

Magazin

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

www.erwachsenenbildung.at/magazin

Ausgabe 32, 2017

Öffentlichkeit und Markt: Wozu ein öffentliches Bildungswesen?

Thema

Die (Un-)Verantwortlichkeiten
von Verbänden und Trägern für die
„Allmenden der Weiterbildung“

Bernd Käpplinger



Die (Un-)Verantwortlichkeiten von Verbänden und Trägern für die „Allmenden der Weiterbildung“

Bernd Käßplinger

Käßplinger, Bernd (2017): Die (Un-)Verantwortlichkeiten von Verbänden und Trägern für die „Allmenden der Weiterbildung“.

In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 32, 2017. Wien.

Online im Internet: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/17-32/meb17-32.pdf>.

Druck-Version: Books on Demand GmbH: Norderstedt.

Erschienen unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Schlagworte: Öffentlichkeit, Verantwortung, Weiterbildung, Verbände, Träger, Beiräte, Allmende, Netzwerke, mittlere Systematisierung, kooperative Selbstorganisation, Ökonomisierung



Kurzzusammenfassung

Die zunehmende Ökonomisierung des Weiterbildungsbereichs wird oftmals kritisiert – der Ruf nach mehr staatlicher Regulation ist laut. Tragen aber nicht auch die Akteurinnen und Akteure des Weiterbildungsbereichs, sprich die Verbände und Träger, hierfür Mitverantwortung? Der Autor dieses Beitrages schlägt vor, mehr das eigene Handeln zu reflektieren und Netzwerke aufzubauen, statt über die Beteiligung des Staates und die Ökonomisierungstendenzen zu lamentieren. Angebracht sind kritische Reflexion und Veränderungsbereitschaft. Denn – so der zentrale Befund – die Sichtbarkeit der Weiterbildung kann durch gemeinsame Bildungshäuser, einrichtungsübergreifende Zertifikatssysteme, gemeinsame Standards für Mindestqualifikationen des Personals und gemeinsame Beratungsstellen ausgebaut werden. Und: Derart könnten die Akteurinnen und Akteure der Weiterbildung selbst Verantwortung für die „Allmenden der Weiterbildung“ im Sinne eines öffentlichen, gemeinschaftlich genutzten Gutes übernehmen. Der Wissenschaft kommt dabei die Rolle des Beobachters oder auch Akteurs zu, dessen Neutralität zu hinterfragen bleibt. Den Abschluss des Beitrages bilden Anregungen, was Träger und Verbände konkret kooperativ gemeinsam anstreben bzw. leisten könnten. (Red.)

Die (Un-)Verantwortlichkeiten von Verbänden und Trägern für die „Allmenden der Weiterbildung“

Bernd Käßlinger

Eine scharfe Dichotomie zwischen Staat und Markt ist wenig hilfreich. Kritik an der Ökonomisierung der Weiterbildung, an staatlicher Politik verdeckt die öffentliche Mitverantwortung von Stakeholdern und Akteurinnen und Akteuren und kann eine Strategie sein, von eigener Verantwortung, Versäumnissen oder Untätigkeit abzulenken. Denn: Öffentliche Verantwortung ist nicht mit staatlicher Verantwortung identisch. Verbände und Träger könnten trotz staatlicher, neoliberaler Regulationspolitiken besser als bisher dafür sorgen, Professionalisierung, Beratung, Zertifikatsysteme sowie Lernräume als vier zentrale Handlungsfelder für „Allmenden der Weiterbildung“ voranzutreiben.

Einleitung

Es ist ein Allgemeinplatz in der Weiterbildung, den Rückzug des Staates und eine Ökonomisierung zu beklagen. Oft wird von dem Weiterbildungsmarkt im Singular gesprochen. Schaut man sich verfügbare, ältere Schätzungen an, dann lag in Deutschland der staatliche Anteil bei der Förderung beruflicher und betrieblicher Weiterbildung bei immerhin 21 Prozent, wobei hier der Anteil der Agentur für Arbeit¹ mit 11 Prozent noch gar nicht mitgerechnet ist (vgl. Beicht/Berger/Moraal 2005, S. 264). Lorenz Lassnigg und Stefan Vogtenhuber (2013, S. 33) kalkulieren für Österreich den Anteil der staatlichen Ausgaben für Weiterbildung mit zwischen 10 bis 17 Prozent und

den AMS-Qualifizierungsanteil mit zwischen 17 bis 20 Prozent. Damit ist zwar festzustellen, dass der Großteil der Finanzierung von Individuen und Betrieben aufgebracht wird, aber legitimiert dies, von einem Weiterbildungsmarkt zu sprechen? Schließlich ist der öffentliche Förderanteil weiterhin erheblich. Neben „richtigen“ Weiterbildungsmärkten bestehen diverse Quasi-Märkte z.T. je Politikressort auf Bundes- oder Länderebene, d.h., in primär öffentlich finanzierten und regulierten Bereichen wird versucht, ökonomische Prinzipien in staatlich verantwortete Bereiche zu übertragen. Von der „Neuen Steuerung“ mit ihren Zielvereinbarungen bis hin zur Anwendung von Marketing bei der Programmplanung reichen diese Mechanismen. Insofern muss das Ausmaß an

¹ Die kategoriale Einordnung der Arbeitsagentur als Finanzier ist schwierig. Einerseits herrscht hier eine Mischfinanzierung bei den Pflichtbeitragsmitteln von Beschäftigten und ArbeitgeberInnen neben der Steuerfinanzierung der Arbeitsagentur. Andererseits entscheiden Arbeitsministerium, Administrationen sowie der Gesetzgeber maßgeblich über die Mittelverwendung und die BeitragszahlerInnen selbst nur sehr begrenzt.

Ökonomisierung nicht nur an den Finanzierungsanteilen bemessen werden, z.B. an den steigenden Eigenanteilen der Individuen, sondern auch an der Einführung von Managementtechniken in der Steuerung der Weiterbildung, die sich ggf. auf die Auswahl von marktgängigen Inhalten im Gegensatz zu weniger marktgängigen Inhalten auswirken oder wo eine Gewinnorientierung tendenziell dazu führt, (Personal-)Kosten niedrig zu halten, um Erträge zu erwirtschaften. Ökonomisierung kann folglich Verschiedenes meinen, was bei der schlagwortartigen Verwendung unterbelichtet bleibt.

Nichtsdestotrotz erscheint die Rede vom Weiterbildungsmarkt im Singular als unangemessen, da sie die Rolle des Staates und der Öffentlichkeit unterschätzt. So ist der Bereich der Arbeitsmarktpolitik ein typischer Quasi-Markt, wo es staatlich bzw. administrativ gewollt ist, dass Markt „gespielt“² wird. Bezeichnet man dies als Weiterbildungsmarkt, reproduziert man Rhetoriken der Legitimation, statt deutlich zu machen, dass dies trotzdem immer noch ein öffentliches Weiterbildungssegment ist und wenige gesetzliche und administrative Änderungen die Situation wieder verändern könnten.

Weiterbildung bewegt sich zwischen Staat und Markt. Sie ist von beidem geprägt und auch Drittes (wie u.a. die hier im Text mit der Metapher der Allmende bezeichneten Räume). Josef Schrader (2011) differenziert gar vier Regulationskontexte der Weiterbildung. Im Folgenden wird jedoch auf das Konzept der „mittleren Systematisierung“ zurückgegriffen, welches von Peter Faulstich, Ulrich Teichler, Arnulf Bojanowski und Ottmar Döring (1991) formuliert wurde. Es bietet die Chance, eine zu simple, eher irreführende Polarisierung zwischen Staat und Markt zu vermeiden, verantwortliche Akteurinnen und Akteure sichtbar zu machen, sodass die „Allmenden der Weiterbildung“ (siehe Iller 2011) optimal genutzt werden könnten. Allmenden sind im agrarischen Bereich Nutzflächen, die von Gemeindegliedern gemeinsam bewirtschaftet werden dürfen. Der Begriff Allmende wird im Folgenden

jedoch eher in einem übertragenen Sinn verwendet, um ähnlich wie in der Mikroökonomie auf Rivalitäten zwischen Nutzenden eines öffentlichen Guts hinzuweisen (siehe Ostrom/Helfrich 2011).

Mittlere Systematisierung in ihrer Genese und als heuristische Kategorie

Der Begriff der „mittleren Systematisierung“ beinhaltet eine deskriptiv-analytische und eine normative Komponente (siehe Franz 2017). Die deskriptiv-analytische Komponente verdeutlicht, dass in Deutschland³ die Weiterbildung ein Bildungsbereich ist, der sich zwischen Staat und Markt bewegt. Im Gegensatz zu Schule und Ausbildung ist Weiterbildung weniger reguliert, was zum Beispiel die Organisationen, die Qualifikation der Lehrenden oder die Abschlüsse betrifft. Dies wird oft als nicht nur nachteilig, sondern eher als vorteilhaft gewertet, da „Verschulung“ z.T. eher als Gefährdung der freiheitlichen Ordnung der Weiterbildung gesehen wird.

Mittlere Systematisierung

Der Begriff „mittlere Systematisierung“ wurde von Faulstich, Teichler, Bojanowski und Döring (1991) im Kontext eines Gutachtens im deutschen Bundesland Hessen geprägt. Weiterbildung ist für sie weniger staatlich reguliert als andere Bildungsbereiche, aber auch nicht komplett unsystematisiert oder nur marktförmig. Die ordnungspolitischen Grundsatzdebatten der Weiterbildung können somit nicht allein mit der Alternative Markt vs. Staat geführt werden. Als Regulationsmechanismus bilde sich zudem eine quasi-öffentliche private Kontrollform aus: Akkreditierungsagenturen operieren privatwirtschaftlich im öffentlichen Auftrag. Wichtige Aspekte dabei: Regulierung, Institutionalisierung, Curricularisierung, Zertifizierung, Professionalisierung und Finanzierung.

Der Qualitätsentwicklungsdiskurs und seine Praxis sind eine Erscheinungsform von mittlerer

² Leider ist die Sache ernster als ein Spiel, aber es sei diese rhetorische Spitze erlaubt, weil Arbeitssuchende keine Kundinnen und Kunden mit Konsumentenmacht, sondern letztlich weiterhin in hohem Maße fremdgesteuert und abhängig von administrativen Entscheidungen sind. Insofern wird mit der Rhetorik eines Marktes z.T. aus legitimatorischen und ideologischen Gründen hantiert.

³ Deutschland und Österreich ähneln sich als Wohlfahrtsstaaten, wenngleich es viele Unterschiede gibt. Im Folgenden wird sich implizit auf die deutsche Situation konzentriert. Zudem sind Unterschiede zwischen den Bundesländern in den Nationen zu beachten.

Systematisierung, wo der Staat klar weiterhin den Rahmen vorgibt. Dieser Rahmen wird durch marktförmige Akteurinnen und Akteure ausgefüllt, was kritisch gesehen werden kann (siehe Käßplinger 2017). Insgesamt wird in Österreich und Deutschland die Weiterbildung nicht (wie in einigen angelsächsischen, liberalen Ländern) allein dem Markt überlassen. Schließlich gibt es Gesetze (z.B. Bildungsurlaub/-karenz, Ländergesetze) oder umfangreiche öffentliche Förderprogramme, welche öffentliche Mitverantwortung markieren.

Aber worum wird zum Teil so heftig anklagend gestritten, wenn [in Deutschland] gilt: *„in der Weiterbildung haben sich doch alle zentralen Akteure mit unterschiedlichen Mischmodellen arrangiert“* (Teichler 1997, S. 68). Ein Teil der Erklärung liegt darin, dass in dieser mittleren Systematisierung viel Konfliktpotenzial liegt und sie nicht-staatliches Engagement über Marktinteressen hinaus erfordert. Die geteilte Verantwortung zwischen Staat, Betrieben und Individuen beinhaltet keine klaren und transparenten Lastenaufteilungen. So hat sich m.W. noch nie jemand getraut, feste Prozentsätze zu definieren, die als Benchmark für die Lastenverteilung zwischen Staat, Betrieben und Individuen dienen könnten. Jenseits der allgemeinen Rhetorik und Umfragen, wo alle der Notwendigkeit Lebenslangen Lernens zustimmen, müssen reale Aufwendungen und Ressourcen aufgebracht werden. An dieser Stelle ist es dankbar, die Verantwortung jeweils an die anderen zu übertragen. Betriebe fordern z.B. mehr individuelles Engagement der Beschäftigten, um ihre Employability zu erhalten. Beschäftigte wünschen sich mehr öffentliche Förderprogramme und der Staat appelliert an die Verantwortung der Wirtschaft. So kann der „Schwarze Peter“ der Weiterbildungsfinanzierung leicht zwischen den Akteurinnen und Akteuren hin- und hergeschoben werden. „Schuld“ sind dann immer die Anderen. Alles in allem ist der ordnungspolitische Diskurs in der Weiterbildung speziell und erfordert eine kritisch-distanzierte Beobachtung (siehe Teichler 1997). Peter Faulstich (2011) machte die Beobachtung, dass sich (deutsche) Hochschule und Weiterbildung insofern angeglichen hätten, als die Hochschule „weicher“ und die Weiterbildung „härter“ hinsichtlich öffentlicher Regulierung (Finanzierung, Curricularisierung etc.) geworden sei. So sind z.B. Deutsch als Fremdsprache bzw. Integrationskurse in der Weiterbildung

hochgradig staatlich reguliert, während Studienprogramme mehr als früher in die Hochschulautonomie oder die Zuständigkeit von Fachbereichen fallen. Insgesamt betont Faulstich: *„Die ordnungspolitischen Grundsatzdebatten können kaum noch in der Alternative Markt vs. Staat geführt werden. Als neuer Regulationsmechanismus hat sich eine quasi-öffentliche private Kontrollform etabliert: die Akkreditierungsagenturen operieren privatwirtschaftlich im öffentlichen Auftrag“* (Faulstich 2011, o.S.). Insofern gibt es in den verschiedenen Quasimärkten der Weiterbildung neben Staat, Markt und Individuen eine Vielzahl an weiteren Agenturen, Institutionen und Verbänden mit Gemeinwohl- oder Marktorientierung – gerade im Bereich der Qualitätsentwicklung (siehe Käßplinger 2017). Dies macht die mittlere Systematisierung komplex, aber auch notwendig, da Akteurinnen und Akteure nicht klar im Staat und/oder im Markt zu lokalisieren sind. Vor diesem Hintergrund richteten Faulstich, Teichler, Bojanowski und Döring den Blick verstärkt auf Netzwerke und Kooperationen.

Aufwertung von Netzwerken und Kooperationen

Faulstich (1997, S. 93) hat Strategieansätze bzw. zentrale Themenfelder benannt: Kooperationsstrategien, Qualitätsstandards, Zertifikatssystem, Professionalität, Information sowie Beratung. Er hat sich dagegen verwehrt, dass die Antwort auf Ökonomisierung ein Mehr oder ein Zurück zum Staat sein sollte. Stattdessen setzte er auf eine kooperative Selbstorganisation und eine Autonomie des Feldes u.a. über Gremien wie regionale Weiterbildungsbeiräte. Es sollte ein autonomes Zwischenfeld zwischen Staat und Markt entstehen. Dabei war er nicht naiv und manche könnten Wiedererkennungseffekte in Bezug auf Erfahrungen mit Beiräten oder Verbänden bei diesen Aussagen haben: *„Die Erfahrungen [...] berechtigen allerdings einige Skepsis: So gibt es zum einen eine proklamatorische Kooperation, wo das Gerede über die Zusammenarbeit ihre tatsächliche Realität ersetzt. In einer imperialistischen Kooperation wären demgegenüber einige der Beteiligten an der Machtstellung, die gegen andere ausgespielt werden kann. Dann reagieren die einzelnen Revierhirsche aggressiv, wenn ihre Abgrenzungsstrategien gestört werden. Eine*

expansive Kooperationsstrategie muß demgegenüber die Prämissen der jeweiligen Institutionen selbst mitreflektieren“ (Faulstich 1997, S. 92f.). Insofern war er kritisch, ob in den Feldern der Weiterbildung zentrale Akteurinnen und Akteure wie Träger und Verbände genügend wirkliche Kooperationsbereitschaft aufbringen oder ob es nur um die egoistische Stärkung der eigenen Position geht. Statt eine Polarität zwischen Staat und Markt aufzubauen, wird der Blick auf diese zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure gerichtet, die sich zwischen Staat und Markt bewegen sollten. Die Weiterbildung besteht aus parzellierten Feldern geteilter Verantwortung mit vielen Stakeholdern und Interessen. Vielleicht ist die Klage von der Ökonomisierung oft eher ein mehr oder minder geschicktes Ablenken von der eigenen Verantwortung und verdeckten Partikularinteressen? Es sollte kritisch geprüft werden, was die Akteurinnen und Akteure in den verschiedenen Feldern der Weiterbildung selbst dazu beitragen, Kooperationschancen zu ergreifen und gewisse Standards zu setzen. Statt über den Staat oder Ökonomisierungstendenzen wohlfeil zu lamentieren, sollte das eigene Handeln gesehen und reflektiert werden. Inwiefern nutzen Einrichtungsleitungen z.B. Qualitätsmanagementsysteme, um die pädagogische Qualität zu befördern, oder geht es eher darum, diese als internes Machtinstrument einzusetzen? Wo einigt man sich auf gemeinsames Handeln im Interesse der Sache oder wo verliert man sich in Konkurrenzen oder kleinlichen, oft persönlichen Rivalitäten? Öffentliche Verantwortung ist nicht mit staatlicher Verantwortung zu verwechseln. Was könnten Träger und Verbände kooperativ gemeinsam anstreben bzw. leisten? Hier einige Anregungen:

Gemeinsame Nutzung von Häusern, Räumen und Ausstattungen

In den letzten Jahren hat die Diskussion über Lernräume und Lernzentren an Bedeutung gewonnen. Faulstich (1997, S. 93) sah hier einen Weg, Kräfte zu bündeln, und benannte es als ein Mittel, um der Unübersichtlichkeit des Institutionenspektrums in der Weiterbildung entgegenzuwirken. Durch gemeinsam bewirtschaftete Bildungs- und Kulturzentren als Allmenden könnte die Sichtbarkeit der Weiterbildung erhöht werden (siehe Stang 2010; Bernhard et al. 2015). Sind Weiterbildungseinrichtungen und Träger aber bereit für Kooperationen oder wird

selbstbezüglich allein die eigene Repräsentation im Raum hochgehalten und sich argwöhnend wechselseitig belauert? Gerade Aushandlungsprozesse rund um Lernräume offenbaren Konkurrenzen und Antinomien, aber auch wie ernst der Kooperationswille wirklich ist oder wo „feine Unterschiede“ zwischen Einrichtungen bestehen (siehe Käßplinger 2016).

Zertifikatssysteme jenseits von Versäulungen

Die Landschaft an Abschlüssen und Zertifikaten in der Weiterbildung ist vielfältig und unübersichtlich (siehe Käßplinger 2007a). Es ist ein versäultes System, wo es relativ wenig Zertifikate gibt, die von mehr als einem Anbieter bzw. Anbietertypus angeboten werden. Rund um den Begriff der Baukastensysteme besteht schon seit den 1970er Jahren die Idee, Qualifizierungsbausteine zu definieren und einrichtungs- und trägerübergreifend anzubieten. Theoretisch-konzeptionelle Grundlagen liegen von Wolfgang Schulenberg (1980) vor. Allerdings war der Widerstand vor allem von Trägern und Verbänden so groß, dass Baukastensysteme nicht umgesetzt wurden (siehe Tietgens/Hirschmann/Bianchi 1974). Die Europäischen Sprachenzertifikate sind ein seltenes Beispiel dafür, dass einrichtungs- und trägerübergreifende Kompetenzstandards definierbar und umsetzbar sind. In den letzten Jahren scheinen Konflikte um nationale Qualifikationsrahmen wesentlich von den Verbands- und Trägerinteressen bestimmt zu sein, die für ihre Nachweise eine hohe Niveaueinstufung durchsetzen wollen, statt im Interesse der Lernenden mehr Transparenz und Übergänge zu ermöglichen.

Professionalisierung im Berufseinstieg und Fortbildungen

Einrichtungen und Träger können ihr Personal zumeist selbst auswählen. Dies wird zwar durch öffentliche Vergabepolitiken erschwert, da Ausschreibungen im Wettbewerb oft zu einem Preiskampf führen und so die Beschäftigung von Personal zu schlechten Beschäftigungskonditionen naheliegt. Trotzdem könnten Verbände gemeinsame (Mindest-)Standards für Qualifikationen und Fortbildungen definieren. Berufseinführungen und trägerübergreifende Fortbildungssysteme wären (ressourceneffizient) denkbar, aber wo gibt es solche Kooperationen? Die Weiterbildungsakademie

in Österreich mag ein Beispiel dafür sein, dass das Feld kooperieren und sich selbst Standards setzen kann (siehe Lassnigg 2011). Das ähnliche Projekt GRETA in Deutschland ist interessant zu verfolgen wie auch ein im Herbst 2017 beginnendes großes Traineeprogramm für Nachwuchskräfte in der Niedersächsischen Erwachsenenbildung. Es sind die Maßnahmen und Aktivitäten, die überfällig erscheinen und eigentlich Daueraufgaben von Verbänden oder Trägern sein müssten. Stattdessen wurden viele ehemals existente Berufseinführungsprogramme verbandsintern eingespart. Generell blockiert und spart hier weniger der Staat, sondern blockieren und sparen mehr die Träger und Verbände Entwicklungen aus verschiedenen Gründen, die aber selten öffentlich werden und nur unter den Eingeweihten kursieren.

Information und Beratung in einer One-Stop-Strategy

Gemeinsame Beratungsstellen sind trägerübergreifend denk- und realisierbar. Die Weiterbildungsverbände in Schleswig-Holstein waren ein solches Erfolgsmodell, das von Faulstich, Teichler, Bojanowski und Döring mit einem Ländergutachten zu Schleswig-Holstein mit angeregt wurde. Neue Ansätze eines Beratungsraders in Österreich (siehe Dworschak et al. 2016) oder die Bildungsberatung in Berlin beinhalten die Chance, dass trägerübergreifende Netzwerke der Beratung und Information möglich sind, die systemisch denken und nicht nur partikulär.

Gestaltungsbedarf, Gestaltungsmöglichkeiten – Gestaltungswille?

Dies sind nur vier Felder, wo einerseits Gestaltungsbedarf vorhanden ist, andererseits Verbände und Träger Gestaltungsmöglichkeiten haben und nicht allein auf staatliches Handeln warten müssen. Es braucht nicht allein den Ruf nach dem Staat, sondern Akteurinnen und Akteure könnten ihre Verantwortung selbst ergreifen. Verbände und Träger sind Mitgestalter. Zwar könnten sie mit ihren Regelungen sicherlich nicht durchsteuern, trotzdem sollte man ihren Einfluss nicht unterschätzen. Es lässt sich die kritische Frage stellen, ob dieser Gestaltungsraum

in den letzten Jahren genügend genutzt wurde. Oder haben Verbände und Träger sowie ihre ja durchaus vorhandenen Kooperationsgremien in Österreich und Deutschland sich selbst nicht doch eher blockiert oder die eigene Untätigkeit nur verwaltend kaschiert? Waren sie zu wenig aktiv, um die Widerstandsfähigkeit und Autonomie des Feldes zu stärken? Kritische Reflexion und Veränderungsbereitschaft erscheinen angebracht.

Fazit: Öffentliche Verantwortung über staatliche Verantwortung hinaus – Weiterbildung als Allmende

2016 wurde die Genossenschaftsidee von der UNESCO zum immateriellen Kulturerbe der Welt erkoren. Forscherinnen und die Ökonomie-Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom (siehe Ostrom/Helfrich 2011) beschäftigen sich mit Modellen der Allmende, um die Funktionsweise gemeinschaftlicher Güter zu bestimmen. Insofern erfährt fern von einem neuen Staatssozialismus soziales, kooperativ-kollektives Handeln eine Renaissance, da Kapitalismus allein nicht nachhaltig trägt. Es gibt mehr als die falsche Alternative zwischen Staat oder Markt. In der Weiterbildung ist auch Raum für eine gemeinsame Bewirtschaftung von Ressourcen (siehe Iller 2011; Schäffter 2014). Weiterbildungsträger und -verbände sind im Interesse der Weiterbildung und ihrer Zielgruppen gefordert, Verantwortung unabhängig von ihrem administrativen Auftrag oder Projektgeldern zu übernehmen. Kooperationsstrategien sind zu verfolgen und ernsthaft zu leben.

Öffentliche Verantwortung ist nicht mit staatlicher Verantwortung gleichzusetzen. Partikularinteressen sind legitim, aber einzelne Akteurinnen und Akteure und Institutionen sollten über sich selbst auch hinausdenken können. Dass dieses kooperativ-kollektive Handeln oft schwach ausgeprägt ist, hat viele Gründe. So tragen eine staatliche (Deregulierungs-)Politik, Unterfinanzierung und eine Neue Steuerung massiv dazu bei, die kooperativ-kollektiven Kräfte zu schwächen. Wer administrativ gewollt Akteurinnen und Akteure gezielt einem verschärften Wettbewerb aussetzt, wird Konkurrenzen erhöhen oder gar illegale Kartellbildungen anregen. Es ist dann nahezu schizophren, dass Kooperation parallel zum

Wettbewerb propagiert oder über Intransparenz geklagt wird. Konkurrenz und Kooperation sind jedoch – über sprachliche Wortschöpfungen wie *coopetition* hinaus – nur partiell kompatibel (siehe Käpplinger 2007b; Krämer/Lichte 2015). Allerdings wird es Politik und Administrationen in der Weiterbildung von Verbänden und Trägern oft viel zu einfach gemacht, indem man nicht gemeinsam handelt, sondern sich schnell auseinanderdividieren lässt. Man meint, sich so kurzfristig Vorteile sichern zu können, langfristig werden aber alle geschwächt. Die sogenannte „Tragik der Allmende“ beschreibt so mikroökonomisch auch, wo ein zu großes Streben nach Eigennutzen die Nutzenden letztlich selbst bedroht hinsichtlich Nachhaltigkeit. Man lässt sich selbst auf widrigste Förderkonditionen dann doch relativ schnell ein, statt gemeinsamen Widerstand verbands- und trägerübergreifend wirkungsvoll zu organisieren und schon einmal erreichte Standards hochzuhalten.

Die Positionierung der Wissenschaft sollte bei diesen Prozessen nicht ausgespart bleiben. Definiert sie sich dezidiert als Beobachter (siehe Wittpoth 2005), wird normative Leidenschaftslosigkeit als Leitbild für den wissenschaftlichen Nachwuchs propagiert oder sieht man sich als engagierter Akteur in einem Dialog (siehe Robak/Käpplinger 2015) mit Politik und Praxis? Ein vermeintlich wertneutraler und nicht-normativer Standpunkt ist jedoch auch eine Form von Normativität (vgl. Reutter 2017, S. 215ff.).

Die Wissenschaft hat eine Mitverantwortung neben der Verantwortung von Trägern und Verbänden. Zumal alle in vielen Beiräten oder Gremien direkt kooperieren und selbst handeln können.

Schließlich sollten die Entwicklung und die Handlungslogik von Trägern und Verbänden in der Weiterbildung auch mehr Thema der Forschung werden. Organisationspädagogische Arbeiten sind zwar mittlerweile zahlreich, aber sie konzentrieren sich zumeist auf einzelne Weiterbildungseinrichtungen, während elaborierte Forschungsarbeiten zu Verbänden der Volkshochschulen, konfessioneller Erwachsenenbildung sowie den diversen verbandlichen Zusammenschlüssen Freier Träger der allgemeinen oder beruflichen Weiterbildung m.E. sehr selten bis nicht existent sind. Dies sollte über die Befragungen von Verbänden im Rahmen von Konsultationen, Delphi-Studien oder zu Governance-Strukturen hinausgehen (siehe z.B. Vater 2013) und vielmehr tiefergehende Analyse meinen. Zu wichtig erscheint die Rolle dieser Verbände und Träger, dass die Forschung sich so relativ wenig mit ihrer Entwicklung und der Handlungslogik ihrer Entscheider bislang befasst. Die ökonomische Forschung zu der Funktionsweise von Allmenden könnte hier eine Inspiration für ähnliche erwachsenpädagogische Forschungen darstellen und ggf. im Zusammenspiel mit dem ordnungspolitischen Ansatz der „mittleren Systematisierung“ von Faulstich, Teichler, Bojanowski und Döring genutzt werden.

Literatur

Beicht, Ursula/Berger, Klaus/Moraal, Dick (2005): Aufwendungen für berufliche Weiterbildung in Deutschland. In: Sozialer Fortschritt 10/11, 2005, S. 256-265.

Bernhard, Christian/Kraus, Katrin/Schreiber-Barsch, Silke/Stang, Richard (Hrsg.) (2015): Erwachsenenbildung und Raum. Bielefeld: W. Bertelsmann.

Bojanowski, Arnulf/Döring, Ottmar/Faulstich, Peter/Teichler, Ulrich (1991): Strukturentwicklung in Hessen: Tendenzen zu einer „mittleren“ Systematisierung der Weiterbildung. In: Mitteilung aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2, 1991, S. 291-303.

Dworschak, Helmut/Hofer, Gerhard/Iller, Carola/Lehner, Roland/Schmidtke, Birgit/Wimplinger, Johanna (2016): Das Pilotprojekt „Bildungsberatungs-Radar“. In der Beratung generiertes Wissen nützen und weitergeben. In: Magazin erwachsenbildung.at. Ausgabe 29, Wien. Online im Internet: http://erwachsenbildung.at/magazin/16-29/13_dworschak_hofer_iller_lehner_schmidtke_wimplinger.pdf [Stand: 2017-09-03].

Faulstich, Peter (1997): Regulation der Weiterbildung – Markt, Staat und Netze. In: Derichs-Kunstmann, Karin/Faulstich, Peter/Schiersmann, Christiane/Tippelt, Rudolf (Hrsg.): Weiterbildung zwischen Grundrecht und Markt. Opladen: Leske+Budrich, S. 77-97.

- Faulstich, Peter (2011):** Die deutsche Perspektive: Mittlere Systematisierung im Spannungsfeld zwischen Hochschule und Weiterbildung. Online im Internet: <http://denk-doch-mal.de/wp/peter-faulstich-die-deutsche-perspektive-mittlere-systematisierung-im-spannungsfeld-zwischen-hochschule-und-weiterbildung/> [Stand: 2017-09-03].
- Faulstich, Peter/Teichler, Ulrich/Bojanowski, Arnulf/Döring, Ottmar (1991):** Bestand und Perspektiven der Weiterbildung. Das Beispiel Hessen. Weinheim: Deutscher Studienverlag.
- Franz, Julia (2017):** Zur „mittleren Systematisierung“ in der Erwachsenenbildung – Eine analytische Reflexion. In: Hessische Blätter für Volksbildung 2, 2017, S. 164-174.
- Iller, Carola (2011):** Weder Staat noch Markt – Orientierung der Erwachsenenbildung als Allmende. Berlin (= unveröffentlichter Vortrag).
- Käpplinger, Bernd (2007a):** Abschlüsse und Zertifikate in der Weiterbildung. Bielefeld: W. Bertelsmann.
- Käpplinger, Bernd (2007b):** Zusammenarbeit trotz Wettbewerb? Die Rollen von KMU und Weiterbildungsanbietern in Weiterbildungsnetzwerken. In: Sesselmeier, Werner/Lange, Joachim/Bizer, Kilian (Hrsg.): Weiter Bildung! Berufliche Weiterbildung Älterer in kleinen und mittleren Unternehmen. Loccum Protokolle 61, S. 143-160.
- Käpplinger, Bernd (2016):** Lernarchitekturen der Erwachsenenbildung – Mitgestaltend Antinomien berücksichtigen. In: Zeitschrift Weiterbildung 5, 2016, S. 26-28.
- Käpplinger, Bernd (2017):** Qualitätsentwicklung in der Weiterbildung – Fluch oder Segen? Eine mikropolitische Analyse. In: Bolder, Axel et al. (Hrsg.): Bildung für Arbeit unter neuer Steuerung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 167-184.
- Krämer, Svenja/Lichte, Nina (2015):** Kooperation und Konkurrenz in städtischen Lernräumen. In: DIE-Zeitschrift für Erwachsenenbildung 4, 2015, S. 31-33.
- Lassnigg, Lorenz (2011):** Contradictions in adult education structures and policies in Austria: their interrelation with the professional development of educators. In: European Journal for Research on the Education and Learning of Adults, Vol.2, 2011, S. 37-55.
- Lassnigg, Lorenz/Vogtenhuber, Stefan (2013):** Neuere Schätzungen zur öffentlichen und privaten Finanzierung der Erwachsenenbildung in Österreich. In: REPORT 1, 2013, S. 29-42.
- Ostrom, Elinor/Helfrich, Silke (Hrsg.) (2011):** Was mehr wird, wenn wir teilen – Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter. München: oekom verlag.
- Reutter, Gerhard (2017):** Das allmähliche Verschwinden des Politischen aus der beruflichen Weiterbildung. In: Hessische Blätter für Volksbildung 3, 2017, S. 215-223.
- Robak, Steffi/Käpplinger, Bernd (2015):** Zum Dialog von Wissenschaft, Praxis und Politik: Eine essayistische Annäherung 60 Jahre nach der Hildesheim-Studie. In: Hessische Blätter für Volksbildung 1, 2015, S. 46-55.
- Schäffter, Ortfried (2014):** Bildung als Gemeingut und der Lernort Gemeinde. Strobl (= unveröffentlichtes Thesenpapier).
- Schrader, Josef (2011):** Struktur und Wandel der Weiterbildung. Bielefeld: W. Bertelsmann.
- Schulenberg, Wolfgang (1980):** Erwachsenenbildung. In: Groothoff, Hans-Hermann (Hrsg.): Fischer-Lexikon Pädagogik. Frankfurt am Main: Fischer, S. 64-72.
- Stang, Richard (2010):** Lernzentren als Experimentierfeld. In: DIE-Zeitschrift für Erwachsenenbildung 1, 2010, S. 31-33.
- Teichler, Ulrich (1997):** Politikprozesse, öffentliche Verantwortung und soziale Netzwerke. In: Derichs-Kunstmann, Karin/Faulstich, Peter/Schiersmann, Christiane/Tippelt, Rudolf (Hrsg.): Weiterbildung zwischen Grundrecht und Markt. Opladen: Leske+Budrich, S. 67-76.
- Tietgens, Hans/Hirschmann, Günter/Bianchi, Mary (1974):** Ansätze zu einem Baukastensystem. Braunschweig: Westermann.
- Vater, Stefan (2013):** Standpunkte zur Governance in der Erwachsenenbildung – Eine E-Mail-Befragung der KEBÖ-Verbände. In: Magazin erwachsenenbildung.at. Ausgabe 18, Wien. Online im Internet: http://erwachsenenbildung.at/magazin/13-18/meb13-18_02_vater.pdf [Stand: 2017-9-03].
- Wittpoth, Jürgen (2005):** Autonomie, Feld und Habitus. In: Hessische Blätter für Volksbildung 1, 2005, S. 26-36.



Foto: Anja Schaal

Prof. Dr. Bernd Käßplinger

bernd.kaeplinger@erziehung.uni-giessen.de
<https://uni-giessen.de>
+49 (0)641 99-24060

Bernd Käßplinger hat seit 2015 die Professur für Weiterbildung in Gießen inne. Zuvor war er Juniorprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin (2010-2015) sowie als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (2001-2004) und am Bundesinstitut für Berufsbildung (2004-2010) in Bonn tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Betriebliche Weiterbildung, Bildungsberatung, Programmplanung, Internationaler Vergleich.

The (Ir)responsibility of Associations and Providers for the “Continuing Education Commons”

Abstract

The growing economization of the field of continuing education is often criticized—there is a loud call for more government regulation. Yet don't those who are active in the field of continuing education, i.e. the associations and providers, also bear a share of the responsibility? The author of this article recommends reflecting more on one's own actions and forging networks instead of complaining about the participation of the government and the tendency to economize. Critical reflection and a willingness to change are in order. According to the main findings, the visibility of continuing education can be enhanced with joint educational centres, certification systems that are valid between institutions, common standards for minimum staff qualifications and joint counselling centres. What's more: those who are active in continuing education could themselves assume responsibility for the “continuing education commons” in the sense of a public, collectively used good. Science and research are assigned the role of the observer or even the actor whose neutrality must be scrutinized. The article concludes with suggestions of what providers and associations might be able to concretely and cooperatively strive toward and achieve together. (Ed.)

Impressum/Offenlegung



Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
Gefördert aus Mitteln des BMB
erscheint 3 x jährlich online, mit Parallelausgabe im Druck
Online: www.erwachsenenbildung.at/magazin

Herstellung und Verlag der Druck-Version:
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISSN: 1993-6818 (Online)
ISSN: 2076-2879 (Druck)
ISSN-L: 1993-6818
ISBN: 9783746009438

Projektträger



CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Marienplatz 1/2/L
A-8020 Graz
ZVR-Zahl: 167333476

Medieninhaber



Bundesministerium für Bildung
Minoritenplatz 5
A-1014 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5360 St. Wolfgang

HerausgeberInnen der Ausgabe 32, 2017

Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für höhere Studien)
Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)

HerausgeberInnen des Magazin erwachsenenbildung.at

Mag.^a Regina Rosc (Bundesministerium für Bildung)
Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Fachbeirat

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Elke Gruber (Universität Graz)
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für höhere Studien)
Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Mag.^a Julia Schindler (Verein Frauen aus allen Ländern)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)
Ina Zwerger (ORF Radio Ö1)

Online-Redaktion

Mag.^a Christine Bärnthaler (Verein CONEDU)
Mag. Wilfried Frei (Verein CONEDU)

Fachlektorat

Mag.^a Laura R. Rosinger (Textconsult)

Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.^a Andrea Kraus

Satz

Mag.^a Sabine Schnepfleitner (Verein CONEDU)

Design

Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

Website

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

„Magazin erwachsenenbildung.at - Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ (kurz: Meb) ist ein redaktionelles Medium mit Fachbeiträgen von AutorInnen aus Forschung und Praxis sowie aus Bildungsplanung, Bildungspolitik u. Interessensvertretungen. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an BildungsforscherInnen und Auszubildende. Das Meb fördert die Auseinandersetzung mit Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik und spiegelt sie wider. Es unterstützt den Wissenstransfer zwischen aktueller Forschung, innovativer Projektlandschaft und variantenreicher Bildungspraxis. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema, das in einem Call for Papers dargelegt wird. Die von AutorInnen eingesendeten Beiträge werden dem Peer-Review eines Fachbeirats unterzogen. Redaktionelle Beiträge ergänzen die Ausgaben. Alle angenommenen Beiträge werden lektoriert und redaktionell für die Veröffentlichung aufbereitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der HerausgeberInnen oder der Redaktion. Die HerausgeberInnen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten solcher Quellen.

Alle Artikel und Ausgaben des Magazin erwachsenenbildung.at sind im PDF-Format unter www.erwachsenenbildung.at/magazin kostenlos verfügbar. Das Online-Magazin erscheint parallel auch in Druck (Print-on-Demand) sowie als E-Book.

Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheint die Online-Version des „Magazin erwachsenenbildung.at“ ab Ausgabe 28, 2016 unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>).



BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen verbreiten, verteilen, wiederveröffentlichen, bearbeiten, weiterentwickeln, mixen, kompilieren und auch monetarisieren (kommerziell nutzen):

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Angabe von Änderungen: Im Falle einer Bearbeitung müssen Sie die vorgenommenen Änderungen angeben.
- Nennung der Lizenzbedingungen inklusive Angabe des Links zur Lizenz. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieses Werk fällt, mitteilen.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter www.creativecommons.at.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an redaktion@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
p. A. CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Marienplatz 1/2/L, A-8020 Graz
redaktion@erwachsenenbildung.at